

Tiefpunkt in der Rentenreform

Das Drama um die Pensionskassenrenten nimmt eine neue Wende: Der Rettungsversuch scheitert. Nicht einmal innerhalb der Parteien scheint es möglich, sich bei einem derart wichtigen Thema zusammenzuraufen. Eine Analyse.

Anna Wanner

BERN. Die Sozialkommission des Ständerats hat nach vier langen Sitzungen und insgesamt 34 Berichten einen Rohkrepiere produziert. Der Vorschlag verlor alle Unterstützung. Darum schmiedeten drei Sozialpolitiker in letzter Minute einen Kompromiss und legten ihn vor der Debatte dem Plenum vor. Die Ratsmehrheit hielt das für wenig seriös. Mit 28:15 Stimmen wies der Ständerat die Vorlage an die Kommission zurück. Nur die Mehrheit der SVP und FDP sowie drei Mitte-Ständeräte wollten die Reform noch beraten. Die Schwierigkeit, die Renten und deren stabile Finanzierung für die Zukunft zu sichern, ist hinlänglich bekannt.

Sowohl die steigende Lebenserwartung wie auch ungenügende Renditen an den Kapitalmärkten führen dazu, dass das Alterskapital nicht mehr für die Auszahlung der Pensionskassenrenten bis ans Lebensende reicht. Sie sind heute zu hoch angesetzt. Weil diese aber versprochen sind, wird umverteilt. Seit 2014 zahlten die Erwerbstätigen 45,3 Milliarden an die Renten der Pensionierten. Es ist Geld, das den Erwerbstätigen fehlen wird. Zudem hat die berufliche Vorsorge seit ihrer Einführung vor fünfzig Jahren kaum eine Modernisierung erfahren. Gerade erwerbstätige Frauen, Personen mit Teilzeitpensen und mehreren Arbeitgebern sind zu wenig oder gar nicht versichert. Obwohl dies kaum angezweifelt wird, fühlte sich jedes Kommissionsmitglied bemüssigt zu sprechen. Dadurch zeigte sich die Unzufriedenheit mit dem Vorschlag, den die Kommission notabene ohne Gegenstimme beschlossen hatte.

Kompromiss-Antrag abgelehnt

Ungewöhnlich war auch, als in letzter Minute ein Kompromiss-Antrag in den Rat flatterte, den drei Kommissionsmitglieder kurzfristig ausgearbeitet hatten und den alle anderen erst kurz vor der Debatte lesen konnten. Mitte-Ständerätin Isabelle Chassot blockte ab und verlangte die Rückweisung an die Kommission. Es sei unmöglich, die Vorschläge im Detail zu studieren und die Vorlage und vor allem ihre Konsequenzen genau zu rechnen. «Das ist Kommissionsarbeit. Der Rat



muss sich auf sichere Angaben stützen können.» Die Mehrheit gab ihr recht, die aufgeschobene Debatte wird frühestens in der Herbstsession stattfinden.

Eine unglückliche Rolle in diesem Drama spielt der Urner Ständerat Josef Dittli (FDP). Er hatte in der Kommission den Vorschlag eingebracht, der die Betroffenen der Rentenreform milde stimmen sollte. Konkret wollte er für Einkommen bis 11950 Franken pro Monat einen Rentenzuschlag gewähren. Der Vorschlag setzte sich in der Kommission überraschend durch. Doch er war parteiintern wenig abgestützt. Dittli sagt, die finanziellen Konsequenzen seien erst drei Wochen nach der Kommissionssitzung klar gewesen. Die Reform kostete nicht 9,1 Milliarden Franken, sondern plötzlich 25,2 Milliarden. SVP, FDP und Mitte entzogen ihre Unterstützung. Linke Kommissionsmitglieder beklagen, Dittli hätte «kalte Füße» gekriegt und sei intern so massiv unter Druck geraten, dass er nun einen Kompromiss zu sei-

nem Kompromiss vorlegen musste. «Eine Spezialität hoch drei», mokierte sich SP-Kollege Hans Stöckli. Dittli agierte wohl mit gutem Vorsatz. Da weder das Modell der Kommission noch jenes des Nationalrats eine Chance haben, von Parlament und Volk angenommen zu werden, suchte er den Mittelweg. «Ich bin mir als Politiker gewohnt, nicht auf einem toten Pferd zu reiten. Denn so kommt man nicht vorwärts», erklärte er. Sein neues Modell, ein stark entschlackter Kompromiss, hätte anstatt 25,2 noch 11,9 Milliarden gekostet. Aber eben: Dem Rat war das Werk zu unausgegoren.

Die Debatte wirft ein Licht auf die breite Kakophonie innerhalb der Parteien. FDP-Parteichef Thierry Burkart hatte die Reform im Herbst zu einem strategischen Geschäft erklärt. Doch seine Ständeräte paktierten mit links und blieben auf einem Vorschlag sitzen, den keiner mehr will. Auch Mitte-Chef Gerhard Pfister weiss um die Wichtigkeit der Reform. Die Mitte-Frauen- und Jungpartei

Im Ständeratssaal wurden oft Lösungen geschmiedet. Doch bei der Altersvorsorge gibt die kleine Kammer ein schlechtes Bild ab.

BILD KEY

versandten Medienmitteilungen, die sich wohl eher an die eigenen Ständeräte richteten: Die Reform sei für Frauen und Generationengerechtigkeit wichtig. Die Mitte-Ständeräte scherten aus. Peter Hegglin und Pirmin Bischof bieten offenbar keine Hand für den angestrebten Kompromiss. «Es braucht keine grosse Kompensation für alle Versicherten», sagte Hegglin. «Es wäre sicher schlecht, wenn die Reform scheitert, aber es wäre keine nationale Katastrophe», sagte Bischof. Dass schliesslich FDP-Ständerat Ruedi Noser die Debatte gar zum Anlass nahm, der Reform jegliche Notwendigkeit abzuspüren, ist blanker Hohn. Der Spalt innerhalb der Parteien lässt tief blicken. Wenn nicht einmal sie es schaffen, sich bei einem derart wichtigen Thema zusammenzuraufen, wie soll dann eine tragfähige Reform entstehen?

Keine Besserstellung der Frauen

Besonders bedenklich ist aber, dass der Ständerat nicht einhalten kann, was er den Frauen versprochen hat: eine Besserstellung in der beruflichen Vorsorge. Die Zahlen sind deutlich. Ein Drittel der Frauen hat überhaupt keine zweite Säule angespart. 11 Prozent müssen Ergänzungsleistungen beziehen. Und wenn sie doch über eine Pensionskassenrente verfügen, ist diese markant tiefer als jene der Männer. Männliche Neurentner bezogen 2020 eine Medianrente von 2081 Franken pro Monat, wie das Bundesamt für Statistik berechnete. Bei den Frauen betrug die mittlere Pensionskassenrente 1167 Franken. Wie Verbesserungen in der zweiten Säule dereinst aussehen könnten, weiss heute niemand so genau, verschiedene Vorschläge liegen auf dem Tisch. Auch im September, wenn über die AHV-Vorlage abgestimmt wird, lassen sich höchstens Vermutungen oder Hoffnungen formulieren. Wenn das Geschäft wieder in den Ständerat kommt, ist es für die Abstimmung zu spät. Das hat direkte Implikationen. Es stellt sich die Frage, ob die Frauen vor diesem Hintergrund dem höheren Rentenalter zustimmen werden. Die Ständerätinnen und Ständeräte, die mit einer Verbesserung der Rentensituation den Frauen hätten Mut machen sollen, haben das nun verbockt.

Nachgefragt

«Heute war ein wichtiger Schritt zum Ziel «Netto Null 2050»»

Frau Munz, nach einer Monsterdebatte wurde der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative angenommen. Sie haben als Mitglied der Umweltkommission des Nationalrates während Monaten daran mitgearbeitet und sich für den Gegenvorschlag eingesetzt. Sind Sie erleichtert?



Martina Munz
Schaffhauser SP-Nationalrätin und Mitglied der Umweltkommission des Nationalrates

Martina Munz: Ja, ich bin erfreut, dass wir den Gegenvorschlag durchbringen konnten. Und auch, dass wir Mehrheiten für die Massnahmen zur Förderung neuer Technologien sowie das Heizungsersatzprogramm gefunden haben. Nach dem abgelehnten CO₂-Gesetz war klar, dass wir Schritt für Schritt vorwärts gehen müssen. Und heute war ein wichtiger Schritt zum Ziel «Netto Null 2050».

Haben Sie damit gerechnet, dass der indirekte Gegenvorschlag durchkommt?

Munz: Ja. Wir haben das so erwartet, da wir in der Umweltkommission auch solide Mehrheiten hatten. Dass sich diese auch im Nationalrat niederschlagen, haben wir gehofft. Es ist mittlerweile breiten Kreisen klar geworden, dass wir von fossilen Energien wegkommen müssen. Einerseits für das Klima, andererseits um unsere Abhängigkeit von autokratischen Staaten zu verringern.

Haben Sie bereits Reaktionen aus dem Lager der Initianten erhalten und

wissen Sie, ob diese bereit sind, die Gletscher-Initiative allenfalls zurückzuziehen?

Munz: Das Initiativ-Komitee hat sich zufrieden gezeigt. Sollte der Gegenvorschlag mit denselben Zielsetzungen und Massnahmen durch den Ständerat kommen, sieht es gut aus, dass sie die Initiative zurückziehen.

Was sind für Sie die wichtigsten Punkte, die im indirekten Gegenvorschlag enthalten sind?

Munz: Das Netto-Null-Ziel mit dem Fokus auf die Sektoren Industrie, Gebäude und Verkehr. Wir nehmen diese mit Zwi-

schenzielen in die Pflicht. Neben den Förderprogrammen ist es wichtig, dass der Finanzplatz seinen Beitrag zu den Klimazielen leisten soll.

Die von Ihnen zuvor angesprochenen Förderprogramme für neue Technologien und das Heizungsersatz-Programm sind teuer. Insgesamt sind während sechs Jahren 1,2 Milliarden Franken für die neue Technologien und während zehn Jahren 2 Milliarden für den Heizungsersatz vorgesehen. Bundesrätin Simonetta Sommaruga wollte aus finanziellen Gründen auf die Förderung neuer Technologien verzichten.

Munz: Klar, man muss die finanziellen Aspekte berücksichtigen. Es kommen grössere Kosten auf uns zu. Das gab beim Bundesrat den Ausschlag, eine der beiden Massnahmen abzulehnen. Ich halte diese Investitionen aber für sehr wichtig. Grosse Investitionen mussten auch frühere Generationen leisten: Etwa bei der Elektrifizierung der Schweiz, dem Eisenbahnbau mit den vielen Tunnels oder die Sozialversicherungen mit AHV und IV. Unsere Generation muss nun in die eigenständige Energieproduktion investieren.

Die Nein-Stimmen kamen aus dem bürgerlichen Lager, von der SVP und Teilen der FDP. Wie haben Sie die Debatte insgesamt erlebt?

Munz: Die SVP hat eine Frageschlacht angezettelt und dabei ständig die gleichen Fragen wiederholt. Sie wiederholte auch, dass die heutige Energiestrategie nichts taugt. Fragt man aber nach Alternativen, kommen von der Partei keine

Antworten. Dabei müsste doch gerade die SVP an einer unabhängigen und einheimischen Energieversorgung interessiert sein.

Interview: Rico Steinemann

Zwei Milliarden für neue Heizungen

Der Nationalrat musste in eine zweite Runde, aber nun steht es fest: Die grosse Kammer verabschiedet einen indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative. Filetstück der Vorlage, wie es SP-Nationalrätin Martina Munz sagte, ist ein Heizungsersatzprogramm. Dieses wurde mit 122 zu 72 Stimmen angenommen. Möglich wurde das Resultat mit geschlossenen Reihen von SP, Grünen und Grünliberalen, aber auch vielen Stimmen aus der FDP und der Mitte. Der Bund soll während zehn Jahren gesamthaft 2 Milliarden Franken bereitstellen, um Gas- und Elektroheizungen zu ersetzen. Damit würde 10 000 Franken erhalten, wer auf eine Wärmepumpe umsteigt. Der Punkt war insbesondere in der SVP, Mitte

und FDP umstritten. Der Ball liegt nun beim Ständerat. Es ist gut möglich, dass dort nochmals an Dauer und Kosten des Heizungsersatzprogramms geschraubt wird. Derweil nutzt die SP die Gunst der Stunde, um weitergehende Forderungen zu stellen. Die Aargauer Nationalrätin Gabriela Suter reicht eine parlamentarische Initiative ein, welche ein Verbot für Neuwagen mit Verbrennungsmotor per 2035 fordert. Sie knüpft damit an das EU-Parlament an, das einen entsprechenden Entscheid gefällt hat. Der sogenannte Green New Deal beschäftigt auch die hiesige Politik. Vor einigen Tagen hatten die Grünen verlangt, dass sich die Schweiz stärker an den Zielen der EU orientiere. (bro)